



BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN Februar 2006

Diskussion: Biosphärenreservat und/oder Nationalpark in OWL?

„Nationalpark light“ in Ostwestfalen?

Kommt er nun oder kommt er nicht, der zweite NRW-Nationalpark? Bereits 1991 fasste der Düsseldorfer Landtag den einstimmigen Beschluss zur Einrichtung des Nationalparks Senne nach Einstellung der militärischen Nutzung. Unter Rot-Grün wurden die Planungen vehement voran getrieben. Im Rahmen verschiedener Gutachten wurde die Eignung von Senne und angrenzendem Eggegebirge als Nationalpark bestätigt. Eine Realisierung des zweiten NRW-Großschutzgebietes schien in greifbare Nähe zu rücken. Die neue Landesregierung sieht hingegen keine Realisierungschancen für einen Nationalpark Senne bei gleichzeitiger militärischer Nutzung und setzt stattdessen auf die Einrichtung eines 88.000 Hektar großen Biosphärenreservats Weserbergland zwischen Detmold/Bad Pyrmont im Norden und Warburg im Süden.

Ende 2005 stellte Umweltminister Uhlenberg der Öffentlichkeit die neuen Überlegungen vor. Verschiedene Optionen wie z.B. die Ausweisung eines Biosphärenreservats mit einem integrierten Nationalpark Eggegebirge hält die Landesregierung für denkbar. Letztendlich aber soll die Region darüber entscheiden, ob und wenn ja in welcher Form dieser einzigartige Natur- und Kulturraum dauerhaft geschützt werden soll.

Anders als bei einem Nationalpark schließt der Status „Biosphärenreservat“ eine Nutzung nicht grundsätzlich aus. Im Gegenteil: Biosphärenreservate sind Modellregionen, in denen das Zusammenleben von Mensch und Natur beispielhaft entwickelt werden soll. Lediglich mind. 3 % der Gesamtfläche – die so genannte Kernzone – müssen der natürlichen Entwicklung ohne menschlichen Eingriff überlassen bleiben. Weitere 10 % – die Pflegezone – sollen naturnahe, nutzungsabhängige Ökosysteme umfassen, die gleichfalls entweder als Naturschutzgebiet oder Nationalpark geschützt werden. Beide Zonen sollen zusammen mindestens 20 % der Gesamtfläche betragen. Diese Kriterien werden in OWL erfüllt: 22,6 % der Gebietskulisse sind bereits als Naturschutzgebiet ausgewiesen.

Ebenso wie der BUND begrüßten auch die übrigen Umweltverbände, dass die neue Landesregierung an den Plänen für ein weiteres Großschutzgebiet festhält. Darüber dürfe aber nicht das Ziel der Einrichtung eines die Senne umfassenden Nationalparks aus den Augen verloren werden, so der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Bernd Meier-Lammering. Dieser unbestritten wertvollste Landschaftsraum in der Region mit Naturgütern von bundesweiter Bedeutung könne nur als Nationalpark dauerhaft und wirksam geschützt werden. Die Naturschutzverbände haben die Sorge, dass die von der Landesregierung favorisierte vertragliche Vereinbarung zur Sicherung des FFH- und Vogelschutzgebietes im Bereich des Truppenübungsplatzes dem hohen Schutzanspruch, den die Senne erfordert, nicht gerecht wird.

Noch immer aber gibt es Kräfte in der Region, die selbst einem Biosphärenreservat kritisch gegenüber stehen. Um sachlich über die Nutzen und etwaigen Kosten eines solchen Schutzgebietes zu diskutieren, kamen auf Einladung der Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) am 16. Dezember 2005 mehr als 160 Experten und Interessierte in Willebadessen zusammen. Auf der Tagung appellierte Klaus Brunsmeier – in Personalunion BUND-Landeschef und Vorsitzender des NUA-Kuratoriums – an die Entscheidungsträger der Region, sich für eine zukunftsweisende Entwicklung dieser Region einzusetzen und die von der Landesregierung angebotenen Chancen wahrzunehmen. Wie der Nationalpark Eifel gezeigt habe, böten Großschutzgebiete herausragende Potenziale für eine



Leitart in Senne und Egge: der Schwarzstorch

Foto: P. Scherbuk



Im Eggegebirge zuhause: der Hirschkäfer.

Foto: B. Brautlecht

nachhaltige Regionalentwicklung. Von einem angepassten Tourismus würden letztendlich insbesondere die strukturschwachen Kreise, wie z.B. der Kreis Höxter, enorm profitieren.

Nun liegt es vor allem auch an der Region, den weiteren Meinungsbildungsprozess zu organisieren und Entscheidungen zu treffen. Es bleibt zu hoffen, dass diese den Weg für einen zweiten NRW-Nationalpark ebnen. (dj)

Hintergrund: Die *Senne* ist ein ca. 250 km² großer, eiszeitlich geprägter Landschaftsraum am Ostrand der westfälischen Bucht. Auf den pleistozänen Sandablagerungen hat sich, bedingt durch die jahrhundertelange extensive Heide-Nutzung, eine ökologisch einzigartige Kulturlandschaft entwickelt. Der Kernbereich der Senne - insbesondere der 11.800 ha große Truppenübungsplatz - ist ein europaweit herausragendes Gebiet für den Naturschutz. 21 geschützte Lebensraumtypen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie kommen hier vor. Auch das Arteninventar ist einzigartig: Von den etwa 5.000



hier vorkommenden Tier- und Pflanzenarten stehen 901 auf der „Roten Liste“.

Das von der Landesanstalt für Ökologie (LÖBF) vorgeschlagene, 88.000 ha große Biosphärenreservat Weserbergland umfasst eine Kulisse, die sich insbesondere durch große zusammenhängende Wälder auf Kalk und wertvolle Kalk-Halbtrockenrasen innerhalb einer reich strukturierten Kulturlandschaft auszeichnet. Im Gebiet liegen 88 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von fast 20.000 ha sowie mehr als 900 geschützte Biotope. Mehr als 200 Rote-Liste-Arten sind hier beheimatet.

Die Eignung des Eggegebirges für einen potenziellen Nationalpark wurde von der LÖBF im Jahre 2005 gutachterlich bestätigt. (dj)

GEBIETSKULISSE SENNE-EGGE



Mehr Infos: Die Ergebnisse der NUA-Tagung „Biosphärenreservat in OWL?“ unter www.nua.nrw.de (Rubrik 'Veranstaltungsberichte'); Förderverein Nationalpark Senne, www.foerderverein-nationalpark-senne.de; die LÖBF-Gutachten gibt's unter www.loebf.nrw.de/Willkommen/Infosysteme/Biosphaerenreservat_Weserbergland/index.html

natürlichen Feuchtgebiete einnehmen. Mit der Haffen'schen Landwehr wird jetzt eines der verbliebenen ökologischen Kleinode bedroht. Die BUND-Ortsgruppe Rees setzt sich vehement für deren Rettung ein.

Die Haffen'sche Landwehr ist seit mindestens 1580 dokumentiert. Sie gilt als die bedeutendste der Reeser Landwehre, die als mit undurchdringlichen Feldgehölzen bestandene Erdwälle mit vorgelagerten Wassergräben konzipiert waren. Sie dienten nicht nur der Melioration des Bodens, sondern wehrten auch feindliche Fremde ab. Zudem dienten sie als Grenzmarkierungen zwischen Kirchspielen, Gerichten und Ämtern sowie als „Wasser-Zäune“ im Feuchtgrünland.

Idyllisch windet sich der künstliche Kanal der Haffen'schen Landwehr auf ca. 3 km Fließstrecke nördlich des zu Rees gehörenden Bauerndorfes Haffen. Die Landwehr entwässert im Deichhinterland des Rheinstromes Wiesen- und Weideland sowie seit den 1970er Jahren das großflächige Kiesabbaugebiet Reeser Bruch.

Obwohl die künstliche Wasserfurche Haffen'sche Landwehr vom Menschen zum Schutz vor Hochwasser geschaffen wurde, hat sie sich im Verlauf von Jahrhunderten zu einem sehr wertvollen Biotop entwickelt. Für die heimische Tierwelt ist die Landwehr von herausragender Bedeutung. Sie gilt als national bedeutsames Gewässer für gleich fünf verschiedene Großmuschelarten, darunter die vom Aussterben bedrohte Abgeplattete Teichmuschel, die hier mit zwei Lebendexemplaren 1991 nach fast sechzig Jahren erstmalig wieder in einem niederrheinischen Gewässer nachgewiesen wurde. Selbst die Rote-Liste-Art Biber konnte 2002 an der Haffen'schen Landwehr festgestellt werden. Eisvogel, Pirol, die vom Aussterben bedrohte Spitzflecklibelle und eine reichhaltige Fischfauna komplettieren das Arteninventar.



Dazu gehört die Haffen'sche Landwehr zum Feuchtgebiet internationaler Bedeutung „Untere Niederrhein“. Das veranlasste Mitte der 1990er Jahre die damalige Düsseldorfer NRW-Regierung, die Haffen'sche Landwehr im Rahmen der Landesbiotopverbundsystemplanung auf ihrer ganzen Länge und Breite als einen Bereich zum Schutz der Natur auszuweisen. Der Plan sieht vor, dass spätestens zehn Jahre danach eine Naturschutzgebietsausweisung (NSG) erfolgen solle.

Diese lässt leider immer noch auf sich warten. Und das obwohl die Haffen'sche Landwehr seit über zwanzig Jahren akut in ihrem jetzigen Zustand gefährdet ist. Auf Betreiben der Stadt Rees soll ein

Ökologisches Kleinod Haffen'sche Landwehr in Gefahr

Seit Jahrhunderten wurde die Landschaft von Rees im rechtsrheinischen Teil des Kreises Kleve vom Rhein und der Vielzahl seiner Altarme, Altwässer, Kolke, sowie „Meere“ dominiert. Seit wenigen Jahrzehnten kommen zunehmend mehr Baggerlöcher hinzu, die heute leider schon deutlich mehr Fläche als die

Durchstich der Haffen'schen Landwehr erfolgen, um zwei voneinander getrennt liegende Baggerlöcher des Reeser Meeres zum Zwecke der Realisierung eines Ferienparkes zu einem Großgewässer verbinden zu können. Die entsprechende Planfeststellung ist bereits 1996 erfolgt.

Allerdings sieht diese vor, dass die Einleitung der Haffen'schen Landwehr ins Reeser Meer erst erfolgen darf, wenn sich ein Ferienparkinvestor vertraglich an die Stadt Rees gebunden hat und dieser fünf dutzend errichtete Ferienhäuser vorweisen kann. Das ist aber bisher (zum Glück) nicht gelungen.

Wenn es den Naturschützern nicht in letzter Minute gelingt, die längst überfällige Naturschutzgebietsausweisung für die Haffen'sche Landwehr zu erwirken, dürfte sie - im fünften Jahrhundert ihres Existenz - in ihrer heutigen Gestalt ein jämmerliches Ende finden. Zumal der Schwimmbagger bereits heute vom Reeser Bruchsee aus die Haffen'sche Landwehr fast sturm-reif gebaggert hat. Die Entscheidungsträger sollten jetzt endlich die historische Chance nutzen und der alten Forderung des ehrenamtlichen Naturschutzes Folge leisten.

Willi Wißen

Mehr Infos: Willi Wissen, Sprecher BUND-Ortsgruppe Rees, Bellinghovener Straße 10, 46459 Rees, wiiwi@gmx.net



Ökologisches Kleinod - Die Haffen'sche Landwehr
Foto: W. Wißen

BUND NRW Naturschutzstiftung:

Der Schwalbenschwanz ist „Schmetterling des Jahres“

Die BUND NRW Naturschutzstiftung und die Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen haben den Schwalbenschwanz (*Papilio machaon*) zum „Schmetterling des Jahres 2006“ gekürt. Aus einem erfreulichen Grund: „Der Bestand des Schwalbenschwanzes hat sich nach einem

Tief in den 70er und 80er Jahren leicht erholt, so dass der Schmetterling inzwischen deutschlandweit nicht mehr als gefährdet gilt“, wie Rainer Lechner, Vorstand der BUND NRW-Naturschutzstiftung, zu berichten weiß. Hauptursache ist ein geringerer Einsatz von Umweltgiften in Gärten und im öffentlichen Bereich z.B. auf Straßenböschungen.

Typisches Erkennungsmerkmal des Schwalbenschwanzes sind die verlängerten Hinterflügel, die an den Schwanz einer Rauchschnalbe erinnern. Der wanderfreudige Falter mit dem eindrucksvollen flatternden und segelnden Flug ist mit bis zu 8 Zentimeter Flügelspannweite einer der größten und schönsten in Deutschland vorkommenden Tagfalter. (jb)



Foto: R. Berbuir, Förderverein Nationalpark Eifel

Mehr Infos:
www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de

Wassernetz NRW mit neuer Broschüre

Aktiver Gewässerschutz

Wasserrahmenrichtlinie – was ist das überhaupt? Was hat der Naturschutz damit zu tun? Und welche Beteiligungsrechte haben wir bei der Umsetzung? Zahlreiche Fragen begleiten die Umsetzung dieser europäischen Richtlinie in unserem Land.



Antworten aus der Perspektive des ehrenamtlichen Naturschutzes finden sich jetzt in einer neuen Broschüre des Wassernetz NRW, die ab sofort beim BUND oder direkt beim Projektbüro in Düsseldorf angefordert werden kann.

Auf 32 Seiten wird zunächst die Richtlinie mit den wichtigsten Fachbegriffen und Umsetzungsfristen vorgestellt. Im Schwerpunkt stehen aber die Möglichkeiten, selbst aktive/r Gewässerschützer/in zu werden. Hier gibt es viele Ideen von der Bachpatenschaft über die Flusskonferenz bis zum Großprojekt eines Naturschutzverbandes. Abgerundet wird das Ganze durch zahlreiche Tipps zum Weiterlesen und Surfen.

Selbstverständlich steht das Projektteam (Christoph Aschemeier und Rolf Behrens) auch jederzeit für Rückfragen zur Verfügung und hilft gerne bei der Realisierung von Ideen.

Das Projekt Wassernetz NRW wird von den drei in NRW anerkannten Naturschutzverbänden BUND, LNU und NABU getragen. Gefördert wird das Projekt mit Mitteln der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung. (ca)

Bezugsadresse und weitere Infos:

Wassernetz NRW, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, Fax: -26, info@wassernetz-nrw.de; viele weitere aktuelle Informationen finden Sie unter www.wassernetz-nrw.de

Erfolgreiches Verbände-Projekt:

Erfolgsstory Nationalpark Eifel

Der Nationalpark Eifel als einziger Nationalpark in Nordrhein-Westfalen birgt auf einer Fläche von rund 10.700 ha wertvolle Lebensräume für Fauna und Flora. Über 80 der Pflanzen- sowie 160 der Tierarten im Nationalpark Eifel gehören zur „Roten Liste“ besonders bedrohter Arten; im Zuge der Entwicklung des Geländes wird diese Zahl noch steigen. Über ein von der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt (ZGF) gefördertes Projekt hat der BUND gemeinsam mit dem NABU sowie der LNU die wichtige Aufbauphase des Großschutzgebietes seit 2003 intensiv unterstützt und begleitet.

Erfahrungen aus anderen Nationalparks haben gezeigt, dass ihre positive Entwicklung entscheidend von der Akzeptanz und dem Verständnis der Bevölkerung vor Ort abhängt. Über die bereitgestellten Projektmittel konnte der Förderverein Nationalpark Eifel schon vor der Ausweisung des Nationalparks im Januar 2004 intensive Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten und so die Bevölkerung „mitnehmen“. Umgesetzt wurde dies durch zahllose Vorträge und Ausstellungen, dem „Botschafter-Projekt“ mit ausgebildeten, ehrenamtlichen

Ansprechpartnern, diversen Publikationen, einem Fotowettbewerb und Nationalpark-Kalender sowie dem regelmäßigen Mitglieder-Newsletter. Über 800 Mitglieder aus der Region und allen Teilen Deutschlands unterstützen mittlerweile über den Förderverein den Nationalpark. Auch über die Region hinaus wurde der Nationalpark beworben und ist spätestens seit der großen Eröffnungsfeier eine feste Größe in den Medien. In der Eifel ist es gelungen: Die Menschen begreifen die Bedeutung von „Natur Natur sein lassen“ und identifizieren sich mit „ihrem“ Nationalpark.

Auf dieser Basis konnte der Förderverein im Sinne der Arterhaltung und Wahrung wertvoller Lebensräume immer wieder wichtige, zukunftsweisende Akzente setzen. Aktuell gilt es, die im Zuge der Öffnung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Vogelsang einhergehende Gefahr einer Störung der gewachsenen Wechselflade des Rotwilds abzuwenden. Gefahr droht auch durch die wenig nationalparkkonforme Einrichtung eines Großparkplatzes mitten im Burgbereich. Die aktuelle Wegeplanung für die gesamte Fläche im Rahmen des Nationalparkplans prüft der Förderverein in Kooperation mit den Biologischen Stationen und der

Nationalparkverwaltung intensiv und kritisch nach ökologischen Kriterien.

Gerade entsteht das Buch „Tier- und Pflanzenwelt im Nationalpark Eifel“, das in wenigen Wochen erscheinen soll. In Ergänzung der vorliegenden Literatur soll es einen zwar fachlich fundierten, aber gerade auch für den Laien verständlichen Überblick über Pflanzen und Tiere im Nationalpark geben.

Ohne die Unterstützung des BUND, dem die ZGF-Projektentwicklung oblag, und seiner Partner wären die meisten der genannten Maßnahmen, die entscheidend zum Erfolg des NRW-Großschutzgebietes beitragen, nicht möglich gewesen.

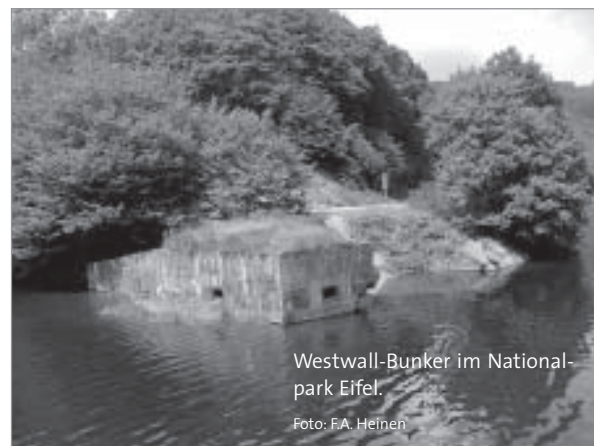
Alice Gempfer

BUND-Projekt Grüner Wall im Westen Infopaket fertig

Der BUND NRW hat im Rahmen des Projekts *Grüner Wall im Westen* seine Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und gibt jetzt ein umfangreiches Info-Paket heraus. Im Zentrum steht dabei eine aus 8 Tafeln bestehende Wanderausstellung. Neben der Geschichte des Westwalls erfahren Besucher mehr über die heutige ökologische Bedeutung der Bunkeranlagen, über Gefährdungsfaktoren und über die Ziele und Perspektiven des Projekts. Ergänzend wurden Aktionsplakate und ein Faltblatt erstellt.

Das von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung unterstützte Projekt *Grüner Wall im Westen* hat sich zum Ziel gesetzt, die Bunker und Höckerlinien entlang des ehemaligen Westwalls vor der Zerstörung zu retten. Derzeit wird ein umfassendes Erhaltungskonzept erstellt. Erster Erfolg war ein Moratorium für den Bunkerabriss. (SeS)

Das Informationsmaterial kann kostenlos bestellt werden beim BUND-Projektbüro Grüner Wall im Westen, Melchiorstraße 3, 50667 Köln, Sebastian.Schoene@bund.net, Tel.: 0221/2833714; Projekt-Homepage: www.gruenerwallimwesten.de



Westwall-Bunker im Nationalpark Eifel.

Foto: FA. Heinen



Weitere Infos:

www.foerdereverein-nationalpark-eifel.de und www.bund-nrw.de/naturschutz.htm

Minister knickt vor Agrarlobby ein Schnabelkürzen geht weiter

Auch künftig werden fast allen Mastputen in Nordrhein-Westfalen die Schnäbel gekürzt. Vor dem Agrarausschuss des Landtags gab Landwirtschaftsminister Uhlenberg bekannt, einen noch von der Vorgängerregierung geplanten Erlass zur Eindämmung des Schnabelkürzens nicht weiter zu verfolgen. Aus Sicht des BUND ist dieses Vorgehen nicht nur tierschutzwidrig, die gängige Praxis, den Tieren Teile ihres Oberschnabels wegzuschneiden, verstößt auch klar gegen das Tierschutzgesetz. Dieses lässt Schnabelkürzen zum Vermeiden von Federpicken und Kannibalismus ausschließlich in begründeten Ausnahmefällen zu. In NRW wie auch in anderen Bundesländern wird damit die Ausnahme zur Regel.

Das ‚Einkassieren‘ des Erlasses, der bereits im Entwurf vorlag, zeigt einmal mehr den viel zu geringen Stellenwert des Tierschutzes bei der neuen Landesregierung. Dem gegenüber ist der Handlungsbedarf groß: Eine Studie des BUND über die Haltungsbedingungen der rund 1,5 Millionen NRW-Mastputen brachte miserable Zustände zutage: Der Großteil der Tiere wird in Intensivmast gehalten. Es fehlt an ausreichendem Platz in den Ställen, an Auslauf ins Freie und nahezu allen Tieren wird der Schnabel gekürzt. Für die Tiere bedeutet das Kupieren u.a. Schmerzen und Beeinträchtigen bei der Gefiederpflege.

Diese Einschätzung teilte bislang auch das NRW-Landwirtschaftsministerium, dessen eigene Untersuchungen die Ergebnisse der BUND-Studie und dessen Rechtsauffassung zum Schnabelkürzen noch im letzten Jahr auf ganzer Linie bestätigten. Die damalige Ministerin Höhn kündigte daraufhin einen Erlass an, um die Missstände zu beheben. Dieser lag seit den Neuwahlen auf Eis und wird von ihrem Nachfolger nun abgelehnt. Anstatt die Enge und Langweile in den Ställen als wesentliche Ursachen für die beklagten Verhaltensstörungen der Tiere zu beheben, setzt der für den Tierschutz verantwortliche Minister damit auf ein trostloses ‚Weiter so‘ – und knickt vor der Lobby der Putenmäster ein.

Tipp: Putenfleisch aus artgerechter Haltung bieten Bio- und Neuland-Metzgereien an! (rb)

Weitere Informationen zur Putenhaltung bei Ralf Bilke, Tel. 0211 / 302005-20 und unter www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm. Dort finden Sie auch die BUND-Studie sowie den aktuellen Bericht der Landesregierung.



EU-Fördermittel:

Ländlicher Raum ist Verlierer

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben sich unter aktiver Einflussnahme der neuen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf den EU-Finanzrahmen für den Zeitraum 2007 bis 2013 in Höhe von 862,5 Mrd. Euro geeinigt. Erst langsam wird deutlich, welche Auswirkungen dies auf den ländlichen Raum in NRW haben wird.

42% der Ausgaben fließen als Subventionen in die Landwirtschaft, davon 293,1 Mrd. Euro für Direktzahlungen – die so genannte 1. Säule. Davon müssen auch die Ausgaben für die neuen Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien bestritten werden, so dass deshalb von einer Kürzung von ca. 6 – 7 % insgesamt für die 1. Säule auszugehen ist.

Viel schlimmer sieht es bei der ländlichen Entwicklung – der so genannten 2. Säule – aus. Hier sind nur noch 69,3 Mrd. Euro vorgesehen. Für die bisherigen Mitgliedsstaaten verschärft sich die Situation zusätzlich dadurch, dass über 30 Mrd. Euro bereits für die Neumitglieder bestimmt sind. Nach ersten vorsichtigen Schätzungen werden die Mittel für den ländlichen Raum in NRW damit um fast 50% zurückgehen. Um den Rest hat schon jetzt ein unschöner Verteilungskampf begonnen.

Zwar hätte Deutschland (ähnlich wie Frankreich) die Möglichkeit durch die sogenannte Modulation bis zu 20% der 1. Säule in die 2. Säule umzuschichten, dies wurde aber bisher vom Bauernverband und der Agrarindustrie verhindert. Es ist unwahrscheinlich, dass unter der neuen Bundesregierung mehr als bisher geschieht.

Damit sind beim Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNLV) vor allem der Vertragsnaturschutz und die Agrarumweltmaßnahmen am stärksten gefährdet. Ausgerechnet diejenigen Programme also, die noch am meisten zur Akzeptanz dieser enormen Subventionen an die Landwirtschaft beigetragen haben, weil vor allem bäuerliche Betriebe statt Agrarfabriken für den Erhalt einer intakten Kulturlandschaft als wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe unterstützt wurden.

Es liegt auf der Hand, dass die Kürzungen zu einer noch weiteren Beschleunigung des Höfesterbens und



Verlierer des Verteilungskampfes: schwarz-bunter Vierbeiner im Grünland.

Foto: BUND-Archiv

einer Konzentration in der Nahrungsmittelproduktion führen werden.

Umweltminister Eckhard Uhlenberg wäre sicher gut beraten, die angekündigte zusätzliche Förderung von großen Schweine- und Putenmastanlagen – wenn überhaupt - dann nur aus einem Programm zu fördern, das für Gewerbe- und Wirtschaftsförderung vorgesehen ist - den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der ab 2007 als Nachfolge der Ziel 2 Förderung dann für ganz NRW zur Verfügung steht.

Klaus Brunsmeier



Feinstaubproblem bleibt ungelöst Es staubt und staubt...

Kaum ein Umweltthema sorgte in 2005 für so viele Schlagzeilen wie das Feinstaubproblem. Die extrem gesundheitsschädlichen Partikel gelangten - nicht zuletzt durch die Aktivitäten des BUND - in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Nachdem die Behörden trotz jahrelanger Vorwarnzeit die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben lange hinauszögerten, brach aufgrund der dramatischen Messergebnisse hektische Betriebsamkeit los. Luftreinhalte- und Aktionspläne wurden aufgestellt, (halbherzige) Verkehrsbeschränkungen umgesetzt. Doch ein nachhaltiger Erfolg hat sich nicht eingestellt. Im Gegenteil: Die Belastungssituation hat sich an den Hauptbrennpunkten - wie z.B. der Düsseldorfer Corneliusstraße - gegenüber dem Vorjahr weiter verschärft.

35 Überschreitungen des Feinstaub-Tagesgrenzwerts von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ lässt der Gesetzgeber (noch) zu. Ab der 36. Überschreitung müssen Aktionspläne in Kraft gesetzt werden, um kurzfristig die Belastungssituation zu entschärfen. Doch Papier ist geduldig. In der Düsseldorfer Corneliusstraße litten die Anwohner 2005 an insgesamt 91 Tagen unter unzulässig hohen Feinstaubkonzentrationen. Auf Platz 2 und 3 der Nega-

tiv-Rangliste folgen Dortmund (Brackelerstr.) und Wuppertal (Steinstr.) mit 81 bzw. 70 Überschreitungen.

Der Grund für die Misere liegt einerseits im fehlenden politischen Willen zur Umsetzung rigider verkehrsbeschränkender Maßnahmen für Dieselstinker. Auch die Ausweisung der vom BUND geforderten großräumigen Umweltzonen kommt nicht voran. Andererseits hängen wichtige Entscheidungen weiterhin in der Berliner Warteschleife: Bund und Länder haben sich bis heute weder auf eine steuerliche Förderung des Rußfilters noch eine entsprechende Kennzeichnung einigen können. Ein Trauerspiel zu Lasten unserer Gesundheit. Wie die noch von Bärbel Höhn in Auftrag gegebene „Feinstaub-Kohortenstudie Frauen NRW“ belegt, haben Menschen, die an einer Hauptverkehrsstraße wohnen, ein um zwei Drittel höheres Risiko, an einer Atemwegs- oder Herz-Kreislauf-Erkrankung zu sterben.

Auch in punkto Hintergrundbelastung tut sich nichts Positives. Selbst an stark befahrenen Straßen geht etwa die Hälfte der Feinstaubbelastung auf das Konto des regionalen Hintergrunds. Industrie und Kraftwerke sind die Hauptverursacher, ohne dass diesen Punktquellen bislang angegangen würden. Allein die vier rheinischen RWE-Braunkohlkraftwerke stoßen jährlich mehr als 2.000 t der schädlichen Feinstpartikel aus. Trotzdem wurde unlängst mit dem Bau des 2.200 Megawatt-Kraftwerks Neurath begonnen, ohne dass die Behörden wenigstens den Einbau moderner Filtertechnik vorgeschrieben hätten. Und auch Vorhaben wie der Bau eines neuen Hochofens der Thyssen Krupp Stahl in Duisburg oder von Steinkohlkraftwerken wie in Duisburg-Walsum und Datteln wird diese Situation weiter verschärfen.

Ein schwacher Trost ist es da, dass der BUND immerhin einen Aktionsplan zur Verringerung der Feinstaub-Belastung durch den Braunkohlentagebau Hambach durchgesetzt hat. Mittlerweile wurde auch die vom BUND geforderte Feinstaub-Messstation am Tagebau Garzweiler in Betrieb genommen.

Doch unterm Strich bleiben die Aktivitäten von Land, Bezirksregierungen und Kommunen weiterhin unzureichend. Der BUND hält deshalb an seinen Vorbereitungen für eine Musterklage fest. (dj)

Mehr Feinstaub-Infos:
www.bund-nrw.de/immissionsschutz.htm



Kahlschlag im Immissionsschutzrecht

Ökodumping und Abbau von Bürgerrechten

Am 11.11.2005 brachte das Land Nordrhein-Westfalen einen Gesetzesantrag zur Änderung immissionsschutzrechtlicher Bestimmungen in den Bundesrat ein. Dieser „Entwurf eines Gesetzes zur Reduzierung und Beschleunigung von immis-

Service:

Die BUND-/NABU-Stellungnahme an den Bundesrat und weitere Infos finden Sie unter www.bund-nrw.de/immissionschutz.htm



Foto: D. Jansen

sionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren“ sieht eine gravierende Reduzierung der materiellen und verfahrensrechtlichen Anforderungen im Bereich der nach dem Immissionsschutzrecht zu prüfenden Anlagen vor. Der geplante Abbau materieller Standards soll gekoppelt werden mit der Einschränkung von Beteiligungsrechten der Öffentlichkeit. Ökodumping und der Abbau von Bürgerrechten drohen.

In einer Stellungnahme an den Bundesrat warnen die Umweltverbände BUND und NABU davor, dass mit dem Gesetz keine Vereinfachung und Verkürzung von Genehmigungsverfahren erreicht, dafür aber die Akzeptanz potenziell umweltgefährdender Anlagen deutlich erschwert werde. An den NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg ging die Forderung, seinen Gesetzesantrag zurückzuziehen.

Der Gesetzesantrag sieht die massive Ausdünnung des Katalogs der immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen vor. So sollen etwa Anlagen zur Herstellung von Beton, Keramik-Brennöfen, Steinbrüche kleiner 10 Hektar, Hammerwerke, bestimmte Abfall-Verbrennungsanlagen sowie Tierhaltungsanlagen bestimmter Größenordnung und Schießstände aus der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungspflicht entlassen werden. Mit der Übergabe der Anlagen in das Baurecht will die Landesregierung die Rolle der Kommunen stärken, die zukünftig als Baugenehmigungsbehörden vor Ort über das Genehmigungsverfahren entscheiden sollen. Kleinste Bauaufsichtsbehörden sollen damit künftig über die Genehmigung hochkomplexer Anlagen entscheiden. Von der Reduzierung des immissionsschutzrechtlichen Anlagenkatalogs sollen allein in NRW ca. 3.000 (von ca. 16.000) Betreibern profitieren.

Darüber hinaus sieht die Gesetzesinitiative für die Durchführung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren Verfahrenserleichterungen vor. Zum einen soll ein Teil der Anlagen künftig in einem vereinfachten Verfahren genehmigt werden. Dazu will der Umweltminister den Immissionsschutzbehörden

im Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung die Möglichkeit einräumen, im Einzelfall über die Notwendigkeit eines Erörterungstermins zu entscheiden.

Auch wenn Umweltminister Uhlenberg in seiner Antwort auf die BUND-Intervention betont, der Abbau materieller Standards sei nicht Ziel der Gesetzesinitiative, bleibt festzuhalten: Die angestrebte Deregulierung liegt letztendlich nur im Interesse der Industrie. Die Umweltqualität sowie der Schutz der Bürger vor schädlichen Umwelteinwirkungen werden gefährdet. (dj)

BUND-Projekt gegen Flächenfraß

Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW

Flächenverbrauch ist für viele BUND-Gruppen ein Thema: Bei ihrer Beteiligung in der Bauleitplanung argumentieren sie immer wieder für Flächen sparendes Planen und Bauen. Oft müssen sie aber feststellen, dass ihre Argumente ignoriert werden und nicht in die Abwägung einfließen. Mit einem neuen BUND-Projekt soll diesem Missstand nun entgegen gewirkt werden.

Der BUND und die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung (SUE) setzen sich gemeinsam für eine „Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW“ ein. In den nächsten beiden Jahren sollen bei der Schaffung von Wohnraum, Gewerbe- und Verkehrsflächen eine flächensparende Bauleitplanung und Flächenkreislaufwirtschaft durch Informations- und Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden.

Ein wichtiger Teil des Projektes ist die Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlichen in den Umweltverbänden. Elementar ist die Frage, wobei die ehrenamtlichen Freiraumschützer Unterstützung benötigen und welche Materialien hilfreich wären. Diese Aufgaben sollen zunächst mit einer kleineren Zahl von Gruppen gelöst werden. Später können weitere Gruppen von diesen Arbeiten profitieren.

Darum bitten wir alle Gruppen, die sich mit dem Thema Flächenverbrauch und kommunale Bauleitplanung beschäftigen, mit der Landeschaftsstelle in Düsseldorf Kontakt aufzunehmen.

Bearbeitet wird das Projekt von Dipl.-Ing. Stephan Günthner. Er hat in Berlin Stadt- und Regionalplanung studiert und war zuvor drei Jahre im Verkehrsreferat der BUND-Bundesgeschäftsstelle tätig. (sg)

Kontakt Projekt „Zukunftsfähige Flächennutzung in NRW“:
Stephan Günthner, Tel. 0211 / 302005-28,
stephan.guenthner@bund-nrw.org.



Foto: D. Jansen



Naturerlebnis der besonderen Art für Kinder mit Handicap: der BUND-Naturerlebnispark in Hertzen.

Foto: S. Zobel

BUND-Naturerlebnispark Hertzen Natur verwandelt sich in Therapieraum

Im BUND-Naturerlebnispark Hertzen erlebten von März bis Dezember letzten Jahres 50 Kinder mit körperlichen und geistigen Benachteiligungen ein Naturerlebnis der besonderen Art. Während der zwei Besuche monatlich konnten die Kinder beim Bau eines Lehmofens, bei der Anlage eines Kürbischüsselbeetes, beim Mulchen der Wege oder beim Weidenschnitt ihre Fein- und Grobmotorik verbessern. Kinder, deren Alltag in Räumen stattfindet, häufig Therapieräumen, konnten hier in der Natur barrierefrei spielen, sich ungezwungen bewegen, klettern und sich neue Fertigkeiten aneignen.

Am Ende des Jahres fühlten sie sich körperlich sicherer und ihre Gedächtnisleistung hatte zugenommen. Der Versuch, aus der oft körperlichen Enge auszubrechen, ist gelungen. Das ergotherapeutische Konzept wurde von Sigrun Zobel vom BUND Hertzen entwickelt.

Gefördert wurde das Projekt von der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) in Recklinghausen aus Mitteln des Umweltministeriums NRW.

Mehr Infos:

Interessierte können hier eine Begleitmappe bestellen:
bund-naturerlebnispark@onlinehome.de.

+++ kurz & wichtig +++

► **Kehtwende in Verkehrspolitik:** NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke hat die Verkehrswende eingeleitet - allerdings in die falsche Richtung. Der irrlichternde Verkehrsminister will zukünftig noch mehr Geld für den Straßenbau zur Verfügung stellen. Bis 2015 sollen 1 Mrd. Euro für insgesamt 241 Landesstraßenprojekte bereitgestellt werden. Mit lediglich 600 Mio. Euro Fördermitteln geraten Busse und Bahnen auf das Abstellgleis. In den letzten Jahren sind jeweils allein mindestens 300 Mio. Euro pro Jahr in den Ausbau des Schienenverkehrs gesteckt worden.

► **NRW streicht jeden vierten Umweltjob:** Etwa 1.000 der derzeit 4.500 Stellen in der NRW-Umweltverwaltung sollen in den nächsten Jahren gestrichen werden. Laut Umweltminister Uhlberg bestehe zu dieser „Verschlankung“ im Bereich der Umweltsonderbehörden aufgrund der finanziellen Notlage des Landes keine Alternative. Im Frühjahr soll es mit der Verwaltungsstrukturreform ernst werden.

► **Flughafen Weeze vor dem Aus:** Der vor allem von Billigfliegern genutzte Flughafen Weeze am Niederrhein steht vor dem Aus. Das Oberverwaltungsgericht NRW hob mit einer am 3. Januar veröffentlichten Entscheidung die Genehmigung der Düsseldorf-Bezirksregierung auf, den früheren Militärflughafen als zivilen Verkehrsflughafen zu nutzen. Begründet wurde das Urteil mit der Missachtung europäischer Richtlinien zur Abschätzung der Umweltverträglichkeit und einer fehlerhaften Bewertung der Lärmbelastung.

Zwei Gemeinden und 16 Privatpersonen hatten gegen die Genehmigung geklagt.

► **BUND-Veranstaltungsprogramm 2006:** In Kooperation mit der Natur- und Umweltschutz-Akademie veranstaltet der BUND in 2006 folgende Veranstaltungen (mehr Infos unter www.bund-nrw.de/veranstaltungen.htm):

Workshop: Information - Anhörung - Beteiligung, Erfahrungen bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie, 11.02.2006, Düsseldorf

Frühlingserwachen im Naturerlebnispark, 05.03.2006, Hertzen

Die Vielfalt des ehrenamtlichen Engagements im Naturschutz, 18.03.2006, Recklinghausen

Praktikum: Strohballenhausbau/Lehmputz/Lehmofenbau, 18.03.2006, Hertzen

Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie in Schutzgebieten; 24.03.2006, Recklinghausen

BUND-Naturerlebnispark: Essbare Landschaften, 20.05.2006, Hertzen

Sommerakademie des BUND NRW, 12.08.2006, Köln

Grüner Wall im Westen - Natur- und Denkmalschutz entlang des ehemaligen Westwalls, 16.09.2006, Nettersheim

Senioren engagieren sich im Naturschutz, 23.11.2006, Recklinghausen

IMPRESSUM: Das *NRW-Info* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **Vi.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦ **Mitarbeit:** Christoph Aschemeier (ca), Jochen Behrmann (jb), Ralf Bilke (rb), Stephan Günthner (sg), Sebastian Schöne (SeS) ♦ **Auflage:** 15.800 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das *NRW-Info* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.03.2006 ♦ © BUND NRW Februar 2006

(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)